

Bern, 18. März 2016

## Sperrfrist 17 Uhr

Medienmitteilung

Tagung «Gemeinsam für mehr zahlbaren Wohnraum»

### Lösungen für Gemeinden, Genossenschaften und Mieterinnen und Mieter

*An der Tagung «Gemeinsam für mehr zahlbaren Wohnraum» nahmen heute in Bern über 100 Personen teil. Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand, der Wohnbaugenossenschaften und der Mieterverbände sprachen miteinander über best-practice zur Förderung des zahlbaren Wohnraums.*

Marina Carobbio, Präsidentin des SMV, sprach über die Wichtigkeit einer neuen Verfassungsbestimmung, wie sie die Wohn-Initiative vorschlägt: «Die Initiative will die Zahl der gemeinnützigen Wohnungen praktisch verdoppeln. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen den Gemeinden den schwierigen Zugang zu Bauland erleichtern.» Michel **Bürgisser**, Direktor des Amtes für Wohnungswesen und Bodenplanung des Kantons Genfs, beschrieb die zurückhaltende Anwendung des Vorkaufsrechts durch die öffentliche Hand und dessen Potenzial um mehr zahlbare Wohnraum für Haushalte mit niedrigen Einkommen in Zeiten von Wohnungsnot zu bauen.

Peter **Sommer**, Präsident einer Genossenschaft und Grossrat in Bern, zeigte die finanziellen und konzeptionellen Chancen für die Identifikation und Mitbestimmung in einer Gemeinde auf, wenn diese ein Wohnprojekt realisiert, das häusliche Pflege, Arzt- und Zahnarzt-dienste, Physiotherapie und weiteres umfasst. «Die Gemeinden können mit einer Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften nur gewinnen», betonte Philippe **Diesbach**, Präsident der Waadtländer Genossenschaft Cité Derrière. «Wenn sie Land im Bau-recht abgeben, fördern sie damit nachhaltiges Wohnen und Qualität und profitieren von den Wertsteigerungen auf ihren Grundstücken.»

In Luzern hat die Annahme einer Volksinitiative 2012 die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gestärkt. Sarah **Grossenbacher**, Projektleiterin, hat Massnahmen vorgestellt um auf drei neue Wohnungen eine gemeinnützige Wohnung erstellen zu können: einen kommunalen Fonds, einen Nutzungszuschlag von 5 Prozent für gemeinnützige Bau-träger, eine Vorschrift eines 20 prozentigen Anteils gemeinnütziger Wohnungen in Bebauungsplänen und Verdichtungsmassnahmen. Grégoire **Junod**, Stadtrat für Wohnen in Lausanne, zeigte die Vorteile auf, wenn eine Gemeinde den Markt mitbestimmt. Innert vier

Jahren hat die Stadt den Bau von mehr als 2'200 Wohnungen in Angriff genommen, die Hälfte der im Bau befindlichen Wohnungen sind von der Stadt initiiert. Andreas **Hofer**, Geschäftsleiter Bau der Genossenschaft «Mehr als wohnen», überzeugte die Anwesenden durch die innovative und gemeinschaftliche Form der Siedlungen, welche diese Genossenschaft verwirklicht.

Weitere Auskünfte:

Marina Carobbio, Präsidentin, 079 214 61 78

Balthasar Glättli, Vizepräsident, 076 334 33 66

Carlo Sommaruga, Vizepräsident, 079 221 36 05

Michael Töngi, Generalsekretär, 079 205 97 65